



Die Bremer Innenstadt rund um den Marktplatz bei Nacht. Sie steht als Erstes im Fokus der neuen Stadtentwicklungsgesellschaft.

FOTO: STUDIO B GMBH

300 Millionen Euro für die City

Senat legt Pläne für neue Stadtentwicklungsgesellschaft vor

VON JÜRGEN HINRICHS

Bremen. 300 Millionen Euro und das ist noch nicht alles. So viel nimmt Bremen in die Hand, um zunächst die Innenstadt nach vorne zu bringen und später auch in anderen Quartieren zu investieren. „Finale Gründung einer Stadtentwicklungsgesellschaft (Brestadt GmbH)“ lautet der Titel einer Senatsvorlage für diesen Dienstag, die dem WESER-KURIER vorliegt. Erste Aufgabe der Organisation wird das Megaprojekt Parkhaus Mitte sein. Nach dem Abriss soll auf dem Gelände ein Mix aus Wohnen, Wissenschaft, Kultur, Einzelhandel und Gastronomie entstehen. Außerdem werden neue Wegebeziehungen geschaffen. Monatlang haben vor allem Juristen darüber gebrütet, mit welchem Konstrukt zwei Ziele verfolgt werden können: bei der Stadt-

entwicklung schneller werden. Und Projekte verwirklichen, die Bremen guttun, aber nicht unbedingt eine hohe Rendite abwerfen. Möglich wird das durch sogenannte Inhouse-Vergaben, ein Verfahren, mit dem die Stadt sich quasi selbst beauftragt. Das Projekt Parkhaus Mitte zum Beispiel müsste aufgrund seines enormen Volumens eigentlich ausgeschrieben werden, und zwar europaweit. Das bringt jedes Mal Komplikationen mit sich, vor allem aber kostet es Zeit.

Statt in der Planung diesen schwerfälligen Dampfer zu bugsieren, setzt Bremen von nun an auf ein Schnellschiff. Gelenkt wird es von der Wohnungsbaugesellschaft Brebau. Mit im Boot ist die Parkhausbetreiberin Brepark. Beides Unternehmen, die zwar ebenfalls der Stadt gehören, aber aus formalen Gründen nicht in der Lage wären, das zu vollbringen,

was die neue Brestadt GmbH erledigen kann.

Bremen tritt im Grunde künftig wie ein privater Investor auf. Die Brestadt kauft Grundstücke und Gebäude, sie erschließt, baut und saniert. Das Unternehmen übernimmt auch die Bewirtschaftung, Vermietung und Verwaltung. Es tut sich um, schaut, wo neue Geschäftsfelder zu entdecken sind, die der Stadt- und Quartierentwicklung dienen könnten. Dann wird vielleicht eine weitere Firma gegründet oder gekauft, je nachdem, was opportun ist. Genauso kann bei Gelegenheit aber auch wieder verkauft werden, um Gewinne zu realisieren. So wie es die Privaten machen. Ausgeschlossen wird die Entwicklung von Gewerbeflächen.

In den ersten Jahren agiert die Brestadt mit öffentlichem Geld. Das sind die 300 Millionen Euro. Doch damit nicht genug. In der Senatsvorlage wird hervorgehoben, dass beabsichtigt sei, „in den folgenden Haushaltsjahren weitere Tranchen zur Stärkung der Eigenkapitalbasis der Stadtentwicklungsgesellschaft zur Verfügung zu stellen“. Was das im Klartext heißt, wie viel Geld also zusätzlich benötigt wird, bleibt offen.

Von 2028 an muss die Brestadt GmbH selbst sehen, wie sie klar kommt und sich mit Darlehen am Kapitalmarkt bedienen, sofern das erforderlich ist. „Ab dem Jahr 2029 wird voraussichtlich die Verwertung der bisher geplanten Großprojekte zu positiven Ergebnissen führen“, prognostizieren die Behörden. Zuständig sind die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung und der Senator

für Finanzen.

Überlegt wird, in den gesamten Prozess neben der Brebau und der Brepark die Grundstücksentwicklungsgesellschaft Klinikum Bremen-Mitte (GEG) einzubeziehen. Die Brestadt könnte alle noch nicht veräußerten Grundstücke auf dem ehemaligen Krankenhausesgelände übernehmen. Theoretisch. Praktisch gibt es noch einige Probleme, wie in dem Behördenpapier ausgeführt wird. Zum Beispiel müsste der Klinikverbund Gesundheit Nord klipp und klar festlegen, wann er die letzten Gebäude und Grundstücke räumt.

Breit aufgestellte Spitze geplant

Damit nicht mehr viel Zeit vergeht, bis die neue Organisation ihre Arbeit aufnehmen kann, will sich der Senat am Personal der Brebau bedienen. „Hierbei bietet sich ein Mix aus freiwilligem Transfer und Dienstleistung an“, lautet der Vorschlag.

Schließlich die Kardinalfrage: Wer macht's an der Spitze? Wer bekommt 300 Millionen Euro und mehr in die Hand? Früh spekuliert wurde, dass die Wahl auf Brebau-Chef Bernd Botzenhardt fallen könnte. Und tatsächlich, so steht es in der Senatsvorlage: „Um einen schnellen Start der Brestadt zu realisieren, übernimmt einer der derzeitigen Geschäftsführer der Brebau die Geschäftsführung der Brestadt.“ Da aber die Aufgabe nicht durch eine Person allein („erst recht nicht in Personalia als Geschäftsführung der Brebau“) übernommen werden könne, müsse die Spitze mittelfristig breiter aufgestellt werden.



FOTO: FRANK THOMAS KOCH

Die erste Aufgabe für die neue Stadtentwicklungsgesellschaft wird das Parkhaus Mitte sein.

Mobilitätsverbände fordern Konzept gegen aufgesetztes Parken

Bremer Bündnis für die Verkehrswende sieht Behörden nach Urteil in der Pflicht, Verkehrsressort widerspricht Vorwürfen

VON FRANK HETHEY

Bremen. Nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts (BVG) in Leipzig zum aufgesetzten Parken erhöhen Bremer Mobilitätsverbände den Druck auf die Behörden. Mit großer Verwunderung nehme das Bremer Bündnis für die Verkehrswende (BBV) die Pressemitteilung von Mobilitätssenatorin Özlem Ünsal (SPD) am Tage des Urteils zur Kenntnis, dass das Ressort in seinem ganzheitlichen, konzeptionellen Vorgehen bestätigt worden sei, sagt Dieter Mazur vom BUND. „Wir Verbände sehen nach dem Urteil ganz im Gegenteil jetzt Mobilitäts- und Innenressort in der Pflicht, endlich konkret und sichtbar zu handeln.“

Seit Jahren machten Mobilitäts- und Innenressort nichts weiter, als Konzepte zu entwickeln, die dann im Konflikt der Hausspitzen miteinander wieder in den Schubladen verschwinden, legt Sven Eckert vom Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Club (ADFC) nach. „Dieses Nicht-Handeln ist konfliktstreu und mutlos und geht zulasten der Schwächsten der Gesellschaft.“ Ähnlich äußert sich Jürgen Brodbeck vom Verkehrsclub Deutschland (VCD). „Das Abwarten hat ein Ende“, sagt er. Wenn die Stadt jetzt nicht klar sage, was sie in den nächsten Monaten gegen das illegale

aufgesetzte Parken unternehmen werde, könnten weitere Anwohner klagen. „Das kann auch nicht im Sinne der Stadt sein.“

Die Bremer Mobilitätsverbände kritisieren „trotz diverser anderslautender Ankündigungen“ eine „jahrzehntelange Untätigkeit der Stadt Bremen“. Als Ausnahme lässt das BBV nur die Herstellung von Rettungssicherheit in einigen wenigen Straßen und das Sunrise-

Projekt im Neuen Hulsberg-Viertel gelten, wo die Autos inzwischen auf der Straße parken. Doch mit seiner ersten Stellungnahme habe das BVG deutlich gemacht: „Aufgesetztes Parken war verboten, ist verboten und bleibt verboten.“

Brodbeck fordert deshalb schleunigste Nachbesserung. Denn: „Laut Senatorin Ünsal gibt es ein klares Konzept mit der Priorisie-

rung von Stadtteilen und einzelnen Straßen.“ Dass dieses Konzept schon umgesetzt sei, kann Brodbeck nicht erkennen. Vielmehr ist er der Ansicht, es sei höchste Zeit, dieses Konzept öffentlich zu machen und mit einer klaren Zeitplanung zu hinterlegen. „Das wäre auch und gerade im Sinne der Autofahrenden, die wissen wollen, ab wann sie sich in welchem Quartier Alternativen suchen müssen.“ Zugleich müsse Innenminister Ulrich Mäurer (SPD) jetzt darlegen, wie es mit der Parkraumüberwachung weitergehe. „Oder ob weiterhin das Wegschauen die Handlungsprämisse von Polizei und Ordnungsamt ist.“

In der Mobilitätsbehörde sieht man die Sache anders. Das Konzept sei bereits veröffentlicht worden, sagt Ressortsprecher René Möller mit Hinweis auf die neuen Parkregeln für zwölf Wohnstraßen in Mitte und der Östlichen Vorstadt. „Jetzt warten wir zunächst die Begründung des Urteils ab.“ Das machen auch die Mobilitätsverbände, die nach eigener Angabe bedauern, dass das Urteil bisher keine konkrete Verpflichtung für die Bremer Behörden enthält. Wohin die Reise gehen muss, ist aus Brodbeck's Sicht klar. Senatorin Ünsal spreche immer wieder davon, die Menschen bei der Verkehrswende mitzunehmen. „Hier ist jetzt eine gute Gelegenheit.“



Soll nach dem Willen der Bremer Mobilitätsverbände schon bald der Vergangenheit angehören: das aufgesetzte Parken, hier in der Schönhausenstraße.

FOTO: CHRISTINA KUHAUPT



Eine Lüge ist bereits dreimal um die Erde gelaufen, bevor sich die Wahrheit die Schuhe anzieht.

MARK TWAIN (1835-1910)

Polizei sucht nach Tankstellenräuber

Mitarbeiter mit Waffe bedroht

Bremen. Polizei und Staatsanwaltschaft fahnden nach Überfällen auf eine Tankstelle und einen Kiosk im Stadtteil Osterholz weiterhin nach dem Täter. Die Ermittler bitten um Hinweise aus der Bevölkerung und haben ein Foto des Gesuchten herausgegeben.

Der bislang Unbekannte soll am 11. Mai am frühen Nachmittag eine Tankstelle an der Hans-Bredow-Straße überfallen haben. Der Mann bedrohte der Polizei zufolge dabei einen Mitarbeiter mit einer schwarzen Schusswaffe und verlangte Bargeld. Der Bedrohte gab dem Unbekannten das Geld, der daraufhin flüchtete. Drei Tage später versuchte vermutlich derselbe Mann in der Osterholzer Landstraße, einen Kiosk zu überfallen, wurde laut Polizei aber von einem Kun-



Wer kann Angaben zu dieser Person machen? FOTO: POLIZEI BREMEN

den daran gehindert. Die Polizei bittet bei den Ermittlungen die Bevölkerung um Hinweise: Wer kann Angaben zu der abgebildeten Person machen? Alter: Anfang 20, Größe: 1,75 Meter. Hinweise nimmt der Kriminaldauerdienst unter der Rufnummer 04 21 / 3 62 38 88 entgegen. ROB

GENEEN PRIVATISIERUNG

Geno-Betriebsrat und SPD im Schulterschluss

Bremen. „Wir lehnen die Privatisierungs-ideen der CDU ab!“ Das ist der Kernsatz einer gemeinsamen Erklärung, die der Gesamtbetriebsrat des städtischen Klinikkonzerns Gesundheit Nord (Geno) und die SPD-Bürgerschaftsfraktion am Montag beschlossen haben. Sie reagieren damit auf den Vorstoß der CDU, an einer Stabilisierung der Geno auch privatwirtschaftliche Akteure zu beteiligen. Nach Ansicht von Geno-Betriebsrat und SPD-Fraktion benötigt die Bremer Kliniklandschaft „eine Neuaufstellung“. Wichtig seien in diesem Zusammenhang „eine gute Personalausstattung mit guten Arbeitsbedingungen in Medizin und Pflege“ sowie mehr Kooperationen zwischen den vorhandenen Klinikträgern. Eine „Abhängigkeit von Investoren“ sei der falsche Weg. THE

125-KILO-BLINDGÄNGER

Weltkriegsbombe in Gröpelingen gesprengt

Bremen. Eine Fliegerbombe, die am Montag in Gröpelingen gefunden worden war, ist unschädlich gemacht worden. Der Blindgänger wurde gesprengt, wie die Polizei mitteilte. Teile der Bombe waren zuvor bei Sondierungsarbeiten gefunden worden. Weil eine Entschärfung des 125 Kilogramm schweren Sprengkörpers nicht möglich war, musste er vor Ort gesprengt werden. Mit der Sache betraut wurde Sprengmeister Thomas Richter. Die Sprengung verlief ohne besondere Vorkommnisse. Zuvor waren Evakuierungs- und Absperrmaßnahmen nötig. Der Evakuierungsbereich betrug 250 Meter und betraf die Straßen zwischen Wildrosenweg und Klarapfelweg. ROB